

## **Beschlussprotokoll**

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Inneres, Sicherheit und Ordnung**

28. Sitzung  
27. Mai 2013

Beginn: 10.06 Uhr  
Schluss: 12.54 Uhr  
Anwesenheit: siehe Anlage  
Vorsitz: Peter Trapp (CDU)

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, dass Herr Senator Henkel (SenInnSport) unter Punkt 3 (Besondere Vorkommnisse) über die letzte Innenministerkonferenz vom 21. bis 24. Mai 2013 in Hannover berichtet.

### Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU	<a href="#">0091</a>
Drucksache 17/0778	InnSichO
<b>Spielhallen und Spielsucht eindämmen (II):</b>	Recht
<b>Spielhallen intensiver kontrollieren und weiterhin</b>	StadtUm(f)
<b>illegales Glücksspiel bekämpfen</b>	

Herr Abg. Zimmermann (SPD) begründet den Antrag.

Dem Ausschuss liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Dieser lautet:

„Vor dem ersten Absatz wird eingefügt:

Der Senat wird aufgefordert, über eine Bundesratsinitiative die Spielverordnung (SpielV) drastisch zu verschärfen. Zur Eindämmung der Spielsucht ist die Anzahl der in Gaststätten zulässigen Geldgewinnspielgeräte von derzeit drei auf eins zu reduzieren. Die Übergangsfrist ist deutlich kürzer zu bemessen als 2018.“

Herr Abg. Lux (GRÜNE) begründet den Änderungsantrag.

Die Koalitionsfraktionen reichen einen Änderungsantrag zum eigenen Antrag ein. Dieser lautet:

„Das Berichtsdatum des 31. März 2013 wird ersetzt durch 31.12.2013.“

Herr Abg. Lux (GRÜNE) zieht den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zurück und kündigt an, diesen im federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt erneut einzubringen.

Im Rahmen der Beratung nimmt Herr Senator Henkel (SenInnSport) Stellung. Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einvernehmlich die Annahme des o.g. Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen. Im Ergebnis beschließt er einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der CDU bei Enthaltung der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der Piratenfraktion, dem federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt die Annahme des Antrags – Drucksache 17/0778 – mit der zuvor beschlossenen Änderung zu empfehlen.

## Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0071](#)  
InnSichO  
**Hinweis auf den NSU an die Berliner Behörden im Jahr 2002 – was ist passiert und wurden Akten zurückgehalten?**  
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)
  
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0075](#)  
InnSichO  
**Unterlagen und Erkenntnisse der Berliner Behörden im Zusammenhang mit dem NSU – insbesondere Hinweise aus dem Jahr 2002**  
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
  
- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0103](#)  
InnSichO  
**NSU-Zwischenbericht**  
(auf Antrag aller Fraktionen)

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich die Anfertigung eines Wortprotokolls.

Der Ausschuss verzichtet einvernehmlich auf die jeweilige Begründung des Besprechungsbedarfs, da diese Punkte bereits mehrfach in vorhergehenden Ausschusssitzungen begründet wurden.

Im Rahmen der Aussprache nehmen Herr Senator Henkel (SenInnSport), Herr Polizeipräsident Kandt und Herr Steiof (Leiter des Landeskriminalamts Berlin) Stellung.

Herr Senator Henkel (SenInnSport) unterrichtet die Ausschussmitglieder darüber, dass 40 Aktenordner, die Informationen über Vertrauenspersonen im Hinblick auf die Terrorgruppe

NSU beinhalten, am 21. Mai 2013 von den Räumlichkeiten der Berliner Polizei in die Senatsverwaltung für Inneres und Sport gebracht worden sind und eine Untersuchungsgruppe am 22. Mai 2013 mit der Auswertung der Akten begonnen hat. Er kündigt an, den Ausschussmitgliedern des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung sowie des Ausschusses für Verfassungsschutz sukzessive Einsicht in die untersuchten Akten zu gewähren. Die Modalitäten der Einsichtnahme werden dem Ausschussbüro mitgeteilt.

Herr Steiof (Leiter des Landeskriminalamts Berlin) sagt Frau Abg. Hermann (GRÜNE) zu, die Antworten auf ihre folgenden Fragen nachzuliefern. Diese lauten:

„Ist es richtig, dass die VP 620 Aussagen hatte von Jan W. zum Thema Landser Verfahren?“

„Ist es richtig, dass diese Aussagen in den Asservaten der Frühlingsstraße NSU liegen?“

„Können Sie ausschließen, dass das NSU-Trio das durch den Berliner V-Mann VP 620 erhalten hat?“

Herr Abg. Lux (GRÜNE) stellt fest, dass die sich im Geheimschutzraum des Abgeordnetenhauses befindenden Ordner zum sog. „ISA-Trio“ (Informationssammel- und Auswertestelle beim Landeskriminalamt zum NSU-Komplex) lückenhaft sind und bittet um deren Vervollständigung. Dies sagt Herr Steiof (Leiter des Landeskriminalamts Berlin) zu.

Der Ausschuss kommt überein, die Punkte 2 a), b) und c) auf die nächste Sitzung zu vertagen und diesbezüglich um die Anwesenheit von Herrn Oberstaatsanwalt Feuerberg zu bitten.<sup>1</sup>

### Punkt 3 der Tagesordnung

#### **Besondere Vorkommnisse**

Herr Senator Henkel berichtet dem Ausschuss über die letzte Innenministerkonferenz vom 21. bis 24. Mai 2013 in Hannover.

---

<sup>1</sup> Herr Oberstaatsanwalt Feuerberg wurde durch Herrn Senator Henkel (SenInnSport) als Sonderermittler eingesetzt und fertigte einen Untersuchungsbericht hinsichtlich der Ungereimtheiten der Aufklärung der Vorkommnisse zum NSU-Komplex innerhalb der Berliner Polizei .

Punkt 4 der Tagesordnung

**Verschiedenes**

Die nächste (29.) Sitzung des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung findet am 10. Juni 2013 statt.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Peter Trapp

Joschka Langenbrinck  
(stellv. Schriftführer)